

Politischer Kurzbericht

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin der KAS-Aussenstelle Paris

Frankreich vor dem Referendum

Paris, April-Mai 2005

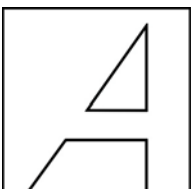
Seite 2 - Teil I – Eine Nation ist gespalten

Seite 6 - Teil II - Das „Nein“ zum Verfassungsvertrag festigt sich

Seite 10 - Teil III - Die Ungewissheit bleibt

Ansprechpartner:

Beatrice, Dr. Gorawantschy
Leiterin der KAS-Aussenstelle Paris
Fondation Konrad Adenauer
15 bis, rue de Marignan
F-75008 Paris
Frankreich
+33 - (0)1 - 56 69 15 00
E-Mail: beatrice.gorawantschy@wanadoo.fr



Frankreich vor dem Referendum – Teil I

- Eine Nation ist gespalten -

Politischer Kurzbericht

Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin der KAS-Aussenstelle Paris, 01. April 2005

„Le président de la République a décidé que le référendum sur la Constitution européenne aura lieu le 29 Mai 2005“ – der Präsident hat über das Datum des Referendums entschieden – so lautete die Erklärung der französischen Regierung vom 4. März über den Termin zur Volksabstimmung über den Verfassungsvertrag.

Dieser Ankündigung vorausgegangen war das positive Ergebnis der Volksabstimmung zur EU-Verfassung in Spanien sowie die Zustimmung des französischen Kongress (einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern des Parlamentes) zu Verfassungsänderungen, die für die Annahme des EU-Verfassungsvertrags notwendig sind.

Mit der Einführung der sog. „Türkei-Klausel“, d.h. einer Regelung nach der alle zukünftigen Beitritte von Kandidaten per Referendum beschlossen werden müssen, hat die Regierung im Vorfeld versucht, die Volksabstimmung über die EU-Verfassung von der Debatte um eine mögliche Aufnahme der Türkei zu trennen.

Seit der Gründung der V. Republik 1958 wurden in Frankreich insgesamt acht Volksabstimmungen durchgeführt, die ersten sieben – darunter auch die knappe Abstimmung zu Maastricht in 1992 – auf der Grundlage von Artikel 11 der Verfassung, der den Präsidenten autorisiert, bestimmte Fragen einer Volksabstimmung zu unterwerfen. Das letzte Referendum in Frankreich fand in 2000 statt - die Abstimmung zur Reduzierung der Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre, welche sich auf Artikel 89 der Verfassung (Möglichkeit der Verfassungsänderung) stützte. Weder die Verfassung noch ein anderes Gesetz präzisieren Dauer oder Modus der Durchführung einer Referendumskampagne.

Seit der Erklärung des französischen Staatspräsidenten von Anfang März verschlechtern sich die Umfragergebnisse zugunsten eines „Neins“ zur Verfassung stetig. Während laut Meinungsumfragen am 3. und 4. März (CSA für „Le Parisien“) noch 58 % der Bevölkerung „pro“-Verfassung eingestellt waren, überwogen bei einer weiteren Umfrage vom 16./17. März

erstmalig die „Nein“-Stimmen mit 51 %. Ein sprichwörtliches Schockerlebnis bereitete der Regierung das Ergebnis einer Umfrage von IPSOS für „Le Figaro“ vom 18./19. März, bei der sich das „Nein“ mit 52% zu 48% verfestigte. Diese Umfrage konnte das Ergebnis bezüglich politischer Ausrichtung der „Nein-Stimmen“ differenzierter darstellen:

Politische Linke: 45 % JA und 55 % NEIN gegenüber 54 % und 46 % vor zwei Wochen; die Verhältnisse haben sich genau umgekehrt.

Politische Rechte: 67 % JA und 33 % NEIN gegenüber 72 % und 28 % im Vorfeld, darunter ist nur bei den Sympathisanten der UMP ein Anstieg von 67 auf 70 % der Ja-Stimmen zu verzeichnen, während sich die Rechts-Nationalisten, vornehmlich die FN (Front National) mit 14 zu 86 % gänzlich gegen die Verfassung positionieren, was zu erwarten gewesen war.

Was sind die Gründe für den plötzlichen Stimmungswechsel? Sicherlich spiegeln die Ergebnisse der jüngsten Umfragen die derzeit herrschende allgemeine Unzufriedenheit in der französischen Bevölkerung mit der Regierungspolitik Raffarins wieder: die Arbeitslosenquote beträgt mehr als 10 %, Mietpreise steigen; die Streiks und Demonstrationen vom 10. März verbunden mit der Forderung nach Lohnerhöhungen und größerer sozialer Gerechtigkeit sowie umfassende Schüler- und Lehrer-Protteste um die beabsichtigte Schulreform waren bereits die Vorboten der gegenwärtigen Politikverdrossenheit. Hinzu kommt ein Moment struktureller Natur – der Beginn einer wachsenden Europaskepsis; die Diskussion um die Bolkestein-Richtlinie und um den Stabilitätspakt sowie die Debatte um die EU-Aufnahme der Türkei verstärken das Misstrauen und die Feindseligkeit „gegenüber allem, was aus Brüssel kommt“.

Die Rhetorik der französischen Politiker gegenüber der Bevölkerung, diese zum „Ja“ zu mobilisieren, schwankt zwischen Dramatik – „ein NEIN bedeutet die Paralyse und Isolierung Frankreichs“, warnt der UMP-Vorsitzende Sarkozy, während Jaques Delors, der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission von einer „politischen Katastrophe“ spricht und Giscard d'Estaing, einer der Gründungsväter der europäischen Verfassung ein NEIN als „offene Krise“ deklariert – und explikatorischen Kampagnen, derjenigen Politiker, die befürchten, dass derart dramatisierende Argumente sich als kontraproduktiv erweisen könnten. Nach dem Motto „Stimmen Sie mit JA, weil...“ bereiten Teile der UMP derzeit Handreichungen vor, die erklären sollen, wie die europäische Verfassung konkret auf die manifesten Sorgen der Franzosen – vor

allem im Hinblick auf die wesentlichen Themen Beschäftigung, Kaufkraft und innere Sicherheit - antworten kann.

Natürlich sind Meinungsumfragen mehr als zwei Monate vor dem eigentlichen Referendum noch kein Ergebnis, dennoch zeigen sie Trends auf, bzw. können Meinungen verfestigen oder gar manipulieren, worin die eigentlich Gefahr liegt.

Präsident Chirac selbst hat – ohne Not, denn die Verfassung schreibt es nicht zwingend vor – zum Referendum aufgerufen; doch nun muss die französische Regierung aufpassen, daß das das Referendum nicht zu einer Abstimmung über die Regierungspolitik wird.

Mit seinem Auftritt beim jüngsten EU-Gipfel in Brüssel konnte er sich für eine flexiblere Handhabung des Stabilitätspaktes und die Überarbeitung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie einsetzen, ein Versuch, das Referendum von diesen Themen zu entzerren.

Darüber hinaus hat sich die französische Regierung bereit erklärt, Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften wieder aufzunehmen.

Dreierlei wurde durch die Umfragen allerdings deutlich:

- trotz der positiven internen Abstimmung innerhalb der Sozialistischen Partei zum Verfassungsvertrag Ende letzten Jahres bleibt die politische Linke weiterhin gespalten;
- der Ausgang des Referendums bleibt ungewiß, das Scheitern des Referendums wird tatsächlich zu einer realistischen Möglichkeit;
- die französische Bevölkerung kann das Referendum jederzeit zur Protestabstimmung über die Regierung instrumentalisieren und behält damit bis zum 29. Mai die Geschicke in der Hand.

Eine weitere Umfrage, die am 23./24. März von CSA für eine Wochenzeitung durchgeführt und am 26. März veröffentlicht wurde, macht die derzeitige Stimmungslage noch deutlicher: 55% der Befragten würden zum heutigen Zeitpunkt gegen die Verfassung, 45 % dafür stimmen, mehr als die Hälfte der Franzosen würden ihr Abstimmungsrecht gar nicht wahrnehmen wollen.

Die Gründe, die die Befragten laut der jüngsten Umfrage für ihre negative Haltung gegenüber der Verfassung angeben, bleiben die gleichen - Widerstand gegen die Aufnahme der Türkei in die EU; der Wunsch nach einem „sozialeren“ Europa und eine Sanktionierung der Politik Chirac/Raffarin. Die politischen Konsequenzen einer tatsächlichen Absage der Franzosen gegenüber der EU-Verfassung am 29. Mai wären nicht nur eine Niederlage für die Mitglieder des Verfassungskonvents, sondern eine deutliche Absage an das Projekt Europa, zu deren Gründungspfeilern Frankreich gehört und würden eine immense Reduzierung des politischen Einflusses Frankreichs in Europa bedeuten und damit auch eine Marginalisierung des Landes, die gleichermaßen das deutsch-französische Tandem schwächen würde.

Die eigentliche Ungewissheit bis zum 29. Mai besteht derzeit bei den Wählern, die noch unentschlossen sind (immerhin knapp über 50%) und bei denjenigen, die nichts oder nur wenig über die europäische Verfassung wissen sowie solchen, die völlige Indifferenz gegenüber der Europapolitik an den Tag legen. Insbesondere gegenüber diesen Gruppierungen sollten die Kampagnen der politischen Parteien ansetzen.

Frankreich vor dem Referendum – Teil II

- das „Nein“ zum Verfassungsvertrag verfestigt sich –

Politischer Kurzbericht

Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin der KAS-Aussenstelle Paris, 28. April 2005

„*Les Européens nous attendent, nous allons leur dire oui*“ (Die Europäer erwarten uns – wir müssen ihnen mit JA antworten) – so der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d’Estaing, in der bekannten französischen Talkshow „100 minutes pour convaincre“ (100 Minuten um zu überzeugen). Giscard d’Estaing, der als Präsident des Verfassungskonvents eine besondere Verantwortung für die Europäische Verfassung trägt, hat damit verstärkt seine Person in die Debatte um das Referendum in Frankreich eingebracht, um dem Pessimismus, der sich anhand der neuesten Umfrageergebnisse weiter verfestigt, entgegenzuwirken. In seiner Argumentation hatte Giscard d’Estaing es stets verstanden, gegenüber der französischen Öffentlichkeit verständlich zu argumentieren, dass Frankreich als Nation mit der EU-Verfassung nicht verschwindet – im Gegenteil – die Verfassung Frankreich den richtigen Platz zuweise. Ein Argumentationsschema welches mit der Debatte um die Türkei-Frage und weitere Beitrittskandidaten sowie den Diskussionen um die Bolkestein-Richtlinie, die in Frankreich mittlerweile den Spitznamen „Frankenstein-Richtlinie“ trägt, ins Wanken geraten ist.

Nach den Ergebnissen der neuesten Meinungsumfragen verfestigt sich der Trend zum „Nein“. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt - einen Monat vor dem Referendum in Frankreich - schwanken die Umfragen zwischen 52- 58 % derjenigen, die gegen die Verfassung stimmen würden; die Zahl derer, die noch unentschieden sind, geht zurück (momentan 28 %). 58% der Befragten sind sich ihrer Wahlabsicht bereits sicher, 14% geben an, möglicherweise ihre Meinung am Wahltag noch ändern zu wollen. Weitere Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute belegen relativ präzise, daß

- nur die politische Rechte mehrheitlich die Verfassung bejaht - 80% innerhalb der Sympathisanten der UMP und 66% bei den UDF-Anhängern;
- das „Nein“ in allen anderen politischen Lagern dominiert - besonders stark bei den Sympathisanten der Front National und der Parti Communiste (95%) und in den Reihen der Grünen (75%); die Sozialisten sind weiterhin gespalten mit 55% „Nein“ zu 45% „Ja“

- entsprechend dem aktuellen Trend - (gegenüber 51% „JA“ und 49% „Nein“ von Anfang April);
- die jüngere Generation eher zum „Nein“, die ältere zum „Ja“ neigt;
- das Fernsehgespräch Jacques Chirac mit jüngeren Wählern nicht die Verfassungsgegner hat überzeugen können und
- die primäre Motivation der Franzosen zum „JA“ die Rolle Frankreichs innerhalb Europas ist, während der Hauptgrund für die Gegner die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik ist.

Ein Vergleich der Umfragen über einen längeren Zeitraum – angefangen von September 2004 bis zur Gegenwart - verdeutlicht, dass die französische Regierung über diesen Zeitraum zu optimistisch hinsichtlich des Ausgangs des Referendums war, bzw. die entsprechenden Indikatoren nicht wahrgenommen hat. Bereits seit September war ein Anstieg der sozialen Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung deutlich messbar, der Mitte März 2005 erstmals in einer Umkehrung der Zustimmungskurve für die EU-Verfassung ins Negative resultierte.

Staatspräsident Chirac, der im Vorfeld angekündigt hatte, „er werde im geeigneten Moment in die Kampagne einschreiten“ hatte sich Mitte April erstmals persönlich in einem Fernsehgespräch mit 83 jüngeren Wählern (18-30 Jährige) vor 7,4 Mio. Fernsehzuschauern - in das Europabefürworter große Hoffnungen gesetzt hatten - in die Debatte um das Referendum eingeschaltet. Wenn die Franzosen die Verfassung am 29. Mai zurückweisen, „dann hört Frankreich auf, politisch in Europa zu existieren“ bzw. Frankreich würde zum „schwarzen Schaf“ - so Chirac. Während er die Frage nach einem möglichen Rücktritt im Falle einer französischen Negierung der Verfassung entschieden zurückwies, konnte er auf die echten Sorgen der jüngeren Wähler zu Arbeitslosigkeit und Sozialdumping nur unzureichend reagieren. Unmittelbar nach dem Fernsehauftritt sind die Umfragergebnisse sogar kurzfristig von 52 % auf 56% gegen die EU-Verfassung hochgeschossen; sein Auftritt wurde von den französischen Medien (le Figaro titelte „le difficile plaidoyer“) als „realitätsfern“, „belehrend“ und damit kontraproduktiv kritisiert; sein - fast päpstlicher - Rat „Fürchtet Euch nicht“ war wohl eher der Ausdruck der eigenen Angst vor dem Ausgang des Referendums, als dass er die Gegner hätte überzeugen können.

Fast im Gleichklang appellierte der erste Sekretär der Parti Socialiste (PS), Francois Hollande, der sich derzeit vergebens bemüht, das Wählerspektrum der PS auf ein knappes „Ja“ zu ziehen, mit den Worten „Habt Vertrauen“ an die sozialistischen Wähler; mit diesen

argumentativen Allgemeinplätzen wird sich ein Großteil der Wähler für den 29. Mai allerdings nicht überzeugen lassen.

Die negative Stimmung in der französischen Öffentlichkeit wird zusätzlich durch das Vorhaben der Regierung geschürt, in diesem Jahr den Pfingstmontag (16. Mai) zu einem Arbeitstag zu erklären - die Gewerkschaften rufen bereits zum Generalstreik auf.

Hinzu kommt ein innenpolitischer Schlagabtausch zwischen Innenminister Villepin und Premierminister Raffarin; ersterer hatte erneut die Regierungspolitik Raffarins kritisiert und sich in einem Rundfunkinterview für eine „viel aktivere, kühnere und solidarischere Politik“, ausgesprochen, um „besser auf die Erwartungen und Frustrationen“ der Franzosen eingehen zu können und damit mehr oder weniger deutlich seine Ambitionen auf das Premierministeramt kundgetan. Andere Politiker werfen sich gegenseitig vor, derzeit mehr mit der Vermarktung des eigenen Images im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2007 beschäftigt zu sein, als mit dem Wesen der Referendumskampagne - innenpolitische Machtkämpfe, die kurz vor dem Referendum nicht unbedingt zu einem positiven Ausgang des Referendums beitragen.

Der 5. deutsch-französische Ministerrat, der am 26. April in Paris getagt hat und sich thematisch hauptsächlich auf die neuen Entwicklungen in der Industrie-Kooperation konzentrierte, war ebenfalls gänzlich überschattet von der Debatte um das Referendum; sowohl in einer gemeinsamen Pressekonferenz als auch in einer Veranstaltung anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Deutsch-Französischen Handelskammer haben Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder eindringlich appelliert, der Verfassung zuzustimmen, wobei Chirac versuchte, in seiner Rede die soziale Komponente der Verfassung und auch das Modell eines Sozialen Europas in den Vordergrund zu stellen, was ihm in der Diskussion mit den Jugendlichen nicht gelungen ist.

Es ist davon auszugehen, dass der Bundestag die europäische Verfassung mit einer überwältigenden Mehrheit am 12. Mai ratifizieren wird; es ist allerdings anzuzweifeln, dass dies von der französischen Bevölkerung umfassend wahr- bzw. als positives Signal aufgenommen wird.

Analysten vergleichen die aktuelle politische Situation in Frankreich gar mit der Stimmung vor dem 21. April 2002, die der Front National in Frankreich in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen beträchtliche Stimmengewinne eingebracht hatte. Le Pen nutzt die derzeitige Lage, um in der Kampagne seiner Partei, die Bevölkerung zu einem „doppelten Nein“ aufzufordern – ein „Nein“ gegenüber der Verfassung sei gleichbedeutend mit einem „Nein“ zur EU-Aufnahme der Türkei.

Nur noch vier Wochen bis zur Volksabstimmung einerseits – andererseits lange genug, um das „Nein“ weiter in den Köpfen der Wähler zu verfestigen und auch die noch Unentschlossenen der allgemeinen Europaskepsis anzuschließen und das alles vor dem Hintergrund, dass laut Umfragen ca. 95 % der Franzosen das Vertragswerk gar nicht kennen (das Ergebnis ähnlicher Umfragen in anderen EU-Staaten würde vermutlich nicht besser ausfallen). Doch die Frage nach dem sog. Plan B, einem Notfallplan – Was passiert, wenn Frankreich den EU-Verfassungsvertrag nicht ratifiziert? - bleibt von den Regierungsverantwortlichen zunächst unbeantwortet.

Mindestens zwei Gründe, warum die Franzosen mit „Nein“ abstimmen könnten, bleiben indes bestehen: Ein Großteil der Bevölkerung hat den Eindruck, dass die Europäische Union zu komplex und wenig transparent für den Einzelnen geworden ist, daß der Erweiterung der EU auf 25 unverzüglich weitere Mitgliedstaaten folgen, was die Angst vor Fremdbestimmung der französischen Innenpolitik, aber auch des Leben des Einzelnen erhöht. Hinzu kommt die Motivation, das Referendum – diese Gefahr besteht bei allen Volksabstimmungen – zur Sanktionierung der Regierungspolitik zu instrumentalisieren. Die erste Negativmotivation kann ausschließlich mit politischen Argumentationen konterkariert werden, und dass das Referendum nicht zum „Raffarindum“ wird, muß durch verstärkte Aufklärungskampagnen verhindert werden. Mit der von Premierminister Raffarin Anfang April in der Nationalversammlung vorgegebenen Argumentationslinie soll in den Kampagnen der einzelnen Parteien verstärkt auf das Sozialmodell Europa abgehoben werden, vor allem die Tatsache, dass in der Verfassung die Ziele Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt festgeschrieben sind, die Anerkennung der Bedeutung der Dienstleistungen auf dem gesamten Gebiet und der Rolle der Sozialpartner sowie das Petitionsrecht – ein Versuch, dem französischen Wähler deutlich zu machen, dass sie am 29. Mai nicht über Chirac oder Raffarin abstimmen, sondern über die Zukunft Europas. „*Frankreich braucht Europa und Europa braucht das JA Frankreichs*“ so der Appell des Premierministers; die Entscheidung darüber behält die französische Bevölkerung bis zum 29. Mai.

Frankreich vor dem Referendum, Teil III

- die Ungewissheit bleibt –

Politischer Kurzbericht

Dr. Beatrice Gorawantschy, KAS-Paris, 24. Mai 2005

Nur noch wenige Tage bis zur Volksabstimmung in Frankreich am 29. Mai und auch die jüngsten Umfragen lassen kaum verlässliche Prognosen zu.

Nach einem lang anhaltenden Negativtrend der Meinungsumfrageergebnisse von März bis Ende April, bei denen sich das „Nein“ zur Verfassung zu verfestigen begann, zeichnete sich von Ende April bis Mitte Mai – bedingt durch das Einschreiten von Lionel Jospin am 28.

April in die Kampagne, der vorübergehend auf die politische Bühne zurückgekehrt ist, um das Ja-Lager der Sozialisten zu stärken sowie einem publikumswirksameren TV-Auftritt Chiracs am 3. Mai gegenüber der verpassten Chance in der Fernsehdiskussion mit den Jugendlichen vom 14. April – eine Trendwende zum Positiven ab.

Bei den neuesten vier Meinungsumfragen, die vom 13./14. Mai bis zum 19. Mai von den großen Meinungsforschungsinstituten erhoben wurden, lagen die Verfassungsgegner allerdings mit 51 % (Ipsos/CSA), 53 % (TNS Sofres/Unilog) und zuletzt mit 54 % (Ifop) vorn, was möglicherweise wiederum den Trend zum Negativen kurz vor dem Stichtag verfestigen könnte. Eine weitere detaillierte Umfrage von Ipsos vom 21./22. Mai bestätigt das Nein-Lager mit 53%. Dabei teilt sich das linke Wählerspektrum in 60 % Verfassungsgegner und 40 % Befürworter – die Gegner gewinnen drei Prozentpunkte seit Anfang Mai. Im rechten Wählerspektrum (insbesondere bei den Sympathisanten von UMP/UDF) liegen die Befürworter mit 73 % gegenüber 27 % vorne, allerdings verlieren hier die Befürworter drei Prozentpunkte gegenüber Anfang Mai; immer stärker wird die Fraktion der extrem Rechten (Front National) und der Anhänger der Kommunistischen Partei, die mit 90-92% an der Spitze der Verfassungsgegner liegen. 71% der Wähler sind sich ihrer Wahlabsicht sicher, 29 % sind noch unentschieden.

Ebenfalls gespalten ist das Wählerpotential der muslimischen Bevölkerung - Frankreich als Heimat der größten muslimischen Gemeinde in Westeuropa mit ca. 2 Mio. Muslimen, die französische Staatsbürger sind und 2-3 Mio, die zwar Residentenstatus aber keine französische Nationalität besitzen. Die meisten islamischen Organisationen haben sich für die Unterstützung des Verfassungsvertrag ausgesprochen, die Mitglieder der Union der Islamischen Organisationen Frankreichs insbesondere mit der Begründung “Widerstand gegen den amerikanischen Block” zu leisten. Im allgemeinen sind die muslimischen Bürger

jedoch in ihrer Haltung gespalten – ein Teil wird für den Vertrag befürworten in der Hoffnung auf “mehr Schutz gegenüber Diskriminierung”, ein Großteil wird aber auch dagegen stimmen angesichts der Arbeitslosenquote von 30% unter den algerischen und marokkanischen Residenten, der größten Immigrantengruppe in Frankreich.

Über das Wahlverhalten der rund 1,4 Mio Wähler (3,7 % der französischen Wählerschaft) aus den Überseeterritorien können ebenfalls keine verlässlichen Prognosen erstellt werden; diese sind zwar mehrheitlich für den europäischen Verfassungsvertrag, aber die Wahlbeteiligung ist traditionell sehr gering.

Hinzu kommt die Ungewissheit über die Höhe der Wahlbeteiligung in Frankreich selbst. Gleichzeitig haben die Popularitätswerte von Staatspräsident Chirac und Premierminister Raffarin in einer Umfrage für die Wochenzeitschrift “L’Express” am 20. Mai das bisherige Rekordtief erreicht mit 21% auf der Beliebtheitskala für Raffarin (7 Punkte weniger als im Vormonat) und mit 39 % für Chirac (9 Punkte weniger als im Vormonat).

Während für die lange Phase der Verfestigung des „Neins“ zum Verfassungsvertrag zwischen März und Ende April grundlegende Probleme wie Popularitätsverlust der Regierung Chirac/Raffarin bedingt durch soziale Unzufriedenheit, EU-Erweiterung und Türkei-Frage im besonderen, die Diskussion um die Bolkestein-Richtlinie und eine allgemeine Antipathie gegenüber „allem, was aus Brüssel kommt“ verantwortlich gemacht werden können, ist der erneute Stimmungsumschwung zum Negativen auf aktuelle tagespolitische Entwicklungen zurückzuführen, die ihren Ursprung allerdings ebenfalls in der innenpolitischen Konfliktlage haben – zum einen die ausgerechnet zum offiziellen Beginn der Referendumskampagne am 16. Mai eingeführte Arbeitspflicht am Pfingstmontag. Was von der Regierung Raffarin als „Solidaritätstag“ gedacht war, endete im Chaos und Durcheinander, da die Hälfte der Beschäftigten nicht zur Arbeit erschien; zum anderen, die durch eine unglückliche Bemerkung von Jaques Delors, dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, erneut ausgelöste Diskussion über einen „Plan B“ : *“le devoir de vérité impose de dire qu’il peut y avoir un plan B, mais il faut expliquer l’extreme difficulté de problème”* (“Die Pflicht zur Wahrheit verlangt, dass man sagt, dass es es einen Plan B geben kann. Aber man muß ebenfalls erklären, welche Schwierigkeiten dieser in sich birgt”) – so Delors in “Le Monde” am 13. Mai, wobei der erste Satz von den Kommentatoren isoliert herausgegriffen wurde. Neueste Umfragen belegen, dass nunmehr 69 % der Befragten der Auffassung sind, dass im Falle eines Scheiterns der Ratifizierung des Vertrages, Teile neu verhandelt werden könnten.

Bei dem Treffen des "Weimarer Dreiecks" von Chirac, Schröder und Kwasniewsky in Nancy am 19. Mai, das ebenfalls gänzlich unter der Thematik des Referendums stand, bestand Einigkeit darüber, dass es keine Neuverhandlung des Verfassungsvertrages geben könne. Hinzu kam die von Laurent Fabius - der die „Nein-Front“ bei den Sozialisten anführt, und sich damit offen gegen die eigene Parteiführung und gegen das Votum einer Urabstimmung unter ihren Mitgliedern stellt, um sich für die Präsidentschaftswahlen in 2007 zu profilieren – die am vergangenen Wochenende in den Raum gestellte Behauptung eines "Plan C" ("Plan caché"), eines Geheimplans seitens der Konservativen, der eine Liste von Maßnahmen beinhaltet, die erst nach dem Referendum von der Regierung offenbart würden – so z.B die Bestrafung derer, die sich weigern einen Allgemeinmediziner aufzusuchen, den Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, Verhandlungen mit Gewerkschaften über Kontrolle und Sanktionen für Streikende sowie die Neuverhandlung der Bolkestein-Richtlinie bis hin zur Erhöhung der Gaspreise.

Am vergangenen Wochenende hatten sich in Paris und anderen französischen Großstädten vor allem Verfassungsgegner aus den Reihen der Gewerkschaften, der Kommunisten und der globalisierungskritischen Organisation Attac zu Kundgebungen gegen die Verfassung versammelt, um die verfassungskritische Stimmung mit populistischen Statements weiter anzuheizen.

All dies zeigt, dass das Referendum längstens zum "Propagandum" geworden ist, der Populismus kennt keine Grenzen mehr; innen- und europapolitische Argumentationslinien geraten durcheinander und werden zu Konfliktlinien.

Premierminister Raffarin dramatisierte in seinen letzten Kampagnenauftritten ein "Nein" der Franzosen nicht nur als "politische Krise", sondern auch als eine Entwicklung, die eine "lange Wirtschaftskrise" mit sich bringen würde "*une crise politique qui se traduirait par de longs mois des crise économique*". Bei einer Arbeitslosenquote von mehr als 10 %, sinkender Kaufkraft und stagnierendem Wirtschaftswachstum könnte man zynisch fragen, ob sich Frankreich nicht bereits inmitten einer solchen befindet.

Die Zustimmung des deutschen Bundestages zur EU-Verfassung am 12. Mai wurde in den französischen Medien zwar umfassend wahrgenommen und kommentiert. Jaques Cirac begrüßte das Abstimmungsergebnis mit den Worten "*die Abgeordneten hätten ein weiteres Mal ihre Verbundenheit zum europäischen Aufbau bewiesen*" und als "*eine wichtige Entscheidung*" im Hinblick auf das Inkrafttreten der Verfassung. Allerdings hat die Entscheidung im Bundestag wenig Einfluß auf das Wahlverhalten der französischen Wähler.

Staatspräsident Jaques Chirac hat in seinen Reden verdeutlicht, dass er im Fall einer Ablehnung der EU-Verfassung durch die französische Bevölkerung keinesfalls zurücktreten werde, offen spekuliert wird indes in den Medien über die Ablösung Raffarins nach dem 29. Mai. Innenminister Villepin, Verteidigungsministerin Alliot-Marie aber auch UMP-Chef Sarkozy gelten als die aussichtsreichsten Kandidaten. Sarkozy, der sich in seiner Kampagne einerseits deutlich von der Position Chiracs abhebt – seine klare Haltung gegen einen Türkei-Beitritt in der EU (Sarkozy hob bei der letzten Großkundgebung der UMP für die Verfassung das Vertragswerk als “beste Waffe, um einen EU-Beitritt Ankaras zu verhindern” hervor) aber auch seine Kritik am französischen Sozialmodell belegen dies – schlägt in den letzten Tagen versöhnlichere Töne gegenüber dem Staatspräsidenten an. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung am 17. Mai zur Stützung der Verfassung mit der Ehefrau von Jaques Chirac in der Corrèze, dem Heimatdépartement des Staatspräsidenten, würdigte Sarkozy die historischen Errungenschaften Chiracs auch im Hinblick auf die Gründung der UMP, bezeichnete sich selbst als “*garant de la continuité chiraquienne*” und Frau Chirac als “*bonne fée*” (gute Fee), die ihn (Sarkozy) in den letzten Jahren immer unterstützt habe. Einvernehmlich fordern beide die französische Bevölkerung auf, die “richtige Wahl” (*le bon choix*) zu treffen. Dies läßt Spekulationen zu, dass Sarkozy – ungeachtet seiner Ambitionen auf das höchste Amt im Staat in 2007- als einer der Kandidaten für das Premierministeramt nach dem 29. Mai zur Verfügung steht.

Inzwischen nimmt die Skepsis über einen positiven Wahlausgang – auch unter den Politikern, die eindeutig der Ja-Front zuzurechnen sind - zu; man rechnet mit einem sehr knappen Ergebnis in der ein oder anderen Richtung. Sarkozy hat das Ergebnis mit den Worten entweder ein “großes Nein” oder ein “kleines Ja” vorweggenommen.

Alle Gesprächspartner der letzten Tage aus der Assemblée Nationale und aus dem Senat sind sich einig, ein “Nein” der Franzosen zur EU-Verfassung wird zwar nicht die deutsch-französische Freundschaft als solche in Frage stellen, aber sicherlich die Rolle Frankreichs im europäischen Einigungsprozess paralisieren und das deutsch-französische Tandem als Motor der europäischen Einigung marginalisieren bzw. als obsolet erscheinen lassen; es würde einer gänzlichen Neudefinition der deutsch-französischen Beziehungen und der Rolle Frankreichs im europäischen Kontext bedürfen.

Es ist gesetzlich geregelt, dass die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen bis zum Freitag (in diesem Falle bis zum 27. Mai) vor dem Referendum 12 Uhr erlaubt ist. An diesem Donnerstag Abend (26. Mai), drei Tage vor dem Referendum wird sich Jaques Chirac erneut

– nunmehr zum dritten und letzten Mal - in einem großangelegten TV-Auftritt präsentieren, um darüber aufzuklären, was am Sonntag auf dem Spiel steht und versuchen, jegliche Dramatisierung zu vermeiden, die von den Experten als kontraproduktiv bezeichnet wird um möglicherweise die letzten Meinungsumfragen positiv zu beeinflussen– man kann nur hoffen, dass es dafür nicht zu spät ist.

Erst am 29. Mai um 22 Uhr – dann schließen die Wahllokale in Frankreich - werden wir Gewissheit darüber haben, wie sich die französische Bevölkerung entschieden hat; sie allein haben das Schicksal Frankreichs in der Hand.